



## Die Gestaltung des Politischen

von Markus Klein

### Zusammenfassung

Da der Mensch entweder gemeinschaftlich existiert oder eben nicht, bedarf er Gemeinschaft, um seine individuelle Existenz zu sichern. Und die Sphäre, in der diese Gemeinschaften sich bewegen und ihren Herausforderungen begegnen, ist „das Politische“. Politische Gemeinschaften sind existenzsichernde Zweckgemeinschaften in der Sphäre des Politischen.

Die Sphäre des Politischen stellt immer existentielle Herausforderungen an Menschen. Die Sphäre des Politischen ist die Welt des Menschen, die Welt, in der andere Menschen dem Einzelnen bedrohlich werden können. Um solcher existentiellen Herausforderung zu begegnen, findet sich der Mensch in Gemeinschaften zusammen, die in der Lage sind, genau jener augenblicklichen existentiellen Herausforderung an den Menschen zu begegnen und damit die Existenz des Menschen zum konkreten Zeitpunkt zu sichern. „Politische“ Gemeinschaften sind Antworten der Existenzsicherung.

Antworten auf Herausforderungen in der Sphäre des Politischen können allein von den Konstanten der Herausforderung selbst bestimmt sein. Zwecks Selbstbehauptung im Politischen sind also nur verbindliche Antworten gültig – Antworten, die definitive Entscheidungen beinhalten. „Gestaltung des Politischen“ kann daher im eigentlichen Sinne nur bedeuten, wie eine politisch adäquate Antwort jeweils gegeben werden kann.

Wenn Gemeinschaften sich erfolgreich in der Sphäre des Politischen bewegen wollen – das heißt „Subjekt“, und nicht „Objekt“ der Politik sein wollen –, müssen sie sich den Herausforderungen im Politischen lagebezogen stellen und ihre Form und ihre Bedingungen konsequent immer wieder neuen Lageherausforderungen anpassen. Dann ist auch eine weitgehend konstant bleibende Gemeinschaft in der Lage, ihre Politikfähigkeit aufrechtzuerhalten.

Die Unmöglichkeit, zwecks Politikfähigkeit einer Norm, einer Ideologie oder einem Plan zu frönen, bedeutet, daß eine politische Gemeinschaft, um ihre Politikfähigkeit aufrechtzuerhalten, schnellstmöglich von solchen Gedankenspielen Abschied nehmen muß. Dies ist eine Hauptbedingung der „Gestaltung des Politischen“. Darunter fallen ganz besonders auch tatsächliche oder vorgebliche Moralwerte – zumal wenn sie in Verbindung mit der politischen Organisationsform einer Gemeinschaft gebraucht werden. Die Organisationsform einer politischen Gemeinschaft muß sich allein anhand von Zweckmäßigkeitserwägungen nach der politischen Lage richten. Abstrakte Wertvorgaben vermögen hingegen keine Normen für den Existenzertahl einer politischen Gemeinschaft zu setzen.

Mit dem vorläufigen Zusammenbrechen der Bipolarität in der Welt seit 1945 entstand plötzlich die Schreckvision eines potentiell ungeheuer dynamischen Europas, das dementsprechend rasch kujoniert wurde. Die Lageblindheit der derzeitigen europäischen politischen Eliten ist somit die erste und im Moment weitaus akuteste politische Herausforderung für alle europäischen Völker. Eine zweite, in ihrer Brisanz zunehmende Herausforderung ist die Auflösung der so ungefestigten Identität der Europäer durch invasionsartige Zuströmungen von Nicht-Europäern und Nicht-Christen.

Somit stellen sich die akuten politischen Herausforderungen an die Existenz der Deutschen nicht unmittelbar an die Deutschen, sondern an alle Europäer in ihrer kulturellen und ortskonkreten Einheit. Um diesen zu begegnen, ist ein einheitliches politisches Bewußtsein dieser gemeinsam in ihrer Existenz bedrohten Völker nötig, ein Bewußtsein, das Interessengleichheit aus gleicher politischer Herausforderung erkennt. Es bedarf eines Rekurses auf gemeinsame Wertvorstellungen, Existenzertahrungen und dem daraus folgenden Behauptungswillen, um so rasch wie möglich über den bisher alleinigen monetären Aspekt hinaus eine tatsächliche „politische“ Identität als Europäer zu erlangen.

Darin offenbart sich der „Gestaltwandel des Politischen“. Die politische existentielle Herausforderung stellt sich von außen gemeinsam an alle europäischen Völker. Das Subjekt der deutschen Selbstbehauptung auf der politischen Bühne ist also längst schon ein anderes, ein europäisches geworden, dessen Determinanten territoriale und vor allem kulturelle Homogenität sind.

### Abstract

Since humans either jointly exist or not, man needs community to secure his individual existence. And the sphere in which these communities move and meet their challenges is "the political". Political communities are intentional communities in the sphere of the political that secure existence.



## Die Gestaltung des Politischen

von Markus Klein

The sphere of the political always asks existential challenges to people. The realm of the political is the world of man, the world in which others can threaten the individual. In order to encounter such existential challenge man finds together in communities that are able to accurately meet those instantaneous existential challenge and to secure the existence of the people within a concrete period of time. "Political" communities are existential answers.

Answers to challenges in the realm of the political can be determined only by the constants of the challenge itself. Only binding answers are valid for the purpose of self-assertion in the political - answers that contain definite decisions. "Shaping the political" in the strict sense can therefore only mean, how a politically adequate answer can be given in each case.

If communities want to move into the realm of the political successfully – which means to be "subject", and not to be "object" of politics - they must meet the challenges based on the political situation and adjust their shape and their conditions consistently to ever-changing new challenges. Such also a largely constant abiding community will be able to maintain its political ability.

The impossibility of indulging to a standard, an ideology or a plan in order to purpose political ability, means that a political community must refrain farewell from such thoughts as quickly as possible to maintain its policy ability. This is an essential condition of the "design of the political". This includes especially also actual or alleged moral values – particularly when they are used in conjunction with the political organization of a community. The organizational nature of a political community must depend solely on the basis of considerations of expediency according to the political situation. Abstract value specifications, however, are not able to set any standards for the existence preservation of a political community.

By the preliminary collapse of bipolarity in the world since 1945 came up the Nightmare Vision of a potentially tremendously dynamic Europe suddenly, which was accordingly bullied quickly. The situation blindness of current European political elites is therefore the first and by far the most acute political challenge for all European peoples at the moment. A second challenge, increasing in its explosiveness, is the resolution of such unconsolidated European identity through invasion like inflows of non-Europeans and non-Christians.

This negates the acute political challenge to the existence of the German not directly to the Germans, but to all Europeans in their cultural and location-specific unit. To address these, a unified political awareness of this common threat to their existence is necessary, an awareness that can see identity of interests from the same political challenge. It requires an appeal to common values, existence experience and the consequent assertion will in order to achieve a real "political" identity as Europeans as quickly as possible – beyond the hitherto sole monetary aspect.

This reveals the "shapeshifting of politics". The political existential challenge arises from the outside common to all European people. The subject of German self-assertion on the political scene already became another, become a European, whose determinants are territorial and especially cultural homogeneity.

---

### Das Politische

Es ist nicht möglich, von einer „Gestaltung des Politischen“ zu sprechen, wenn nicht vorab die Frage geklärt worden ist, was denn eigentlich „das Politische“ ist – was seine Erscheinungen, seine Bedingungen und was seine Kategorien sind. Allein wenn dies – allgemeinverbindlich – geklärt ist, dann ist es überhaupt erst möglich, über eine „Gestaltung des Politischen“ zu reden. Darum wollen wir damit beginnen, über „das Politische“ schlechthin zu sprechen. Was die „Gestaltung“ bzw. die „Gestaltungsmöglichkeiten“ betrifft, so wird sich dies von selbst daraus ableiten.

*zoon politicon*

Der Mensch ist ein *zoon politicon* – das heißt, er existiert gemeinschaftlich, oder er existiert eben nicht. Damit wollen wir keine bestimmte Gemeinschaft beschwören oder idealisieren, kein sogenanntes „höheres Drittes“ – denn damit befänden wir uns auf dem Weg in die politische Romantik – und diese war im eigentlichen Sinne alles andere als „politisch“. Wir wollen damit lediglich sagen, daß der Mensch als Individuum nur innerhalb irgendeiner Gemeinschaft leben kann, wenn diese Gemeinschaft zugleich bereit



## Die Gestaltung des Politischen

von Markus Klein

und in der Lage ist, ihre und damit auch des Einzelnen Existenz zu sichern – zu sichern in einer Sphäre, in der andere Menschen in anderen Gemeinschaften potentiell immer und beständig den Frieden anderer Menschen und Gemeinschaften bedrohen.

Das ist nichts anderes als eine anthropologische Tatsache, an der auch die besten Absichten, Erklärungen und Verträge nichts zu ändern vermögen. Der Mensch ist deswegen weder „böse“, noch ist er etwa „gut“ – das wären allein moralische Bewertungskategorien, die über den Menschen als solchen nichts besagen; der Mensch ist eben so, und darauf hat man sich einzustellen, bzw. dies in jeder politischen Theorie, die diesen Begriff verdient, vorauszusetzen. Und eben darum ist und beinhaltet politische Philosophie immer auch ein gehöriges Stück Anthropologie – oder umgekehrt, sofern „politische Philosophie“ glaubt, die Anthropologie, nämlich die Lehre von den Grundkonstanten des Menschen, vernachlässigen oder gar ignorieren zu können, ist sie eben keine „politische“ Philosophie mehr, sondern irgend etwas anderes – sei es Ideologie, Theologie, Utopie oder was auch immer.

Zurück also zu den Grundkonstanten des Menschen, denn sie sind es, die das Wesen des Politischen bedingen und bestimmen.

Der Mensch ist unveränderbar

„*Homo homini lupus est*“ – „Der Mensch ist des Menschen Wolf“. Das will nicht etwa besagen, daß der Mensch immer und in jedem Fall dem anderen gefährlich ist; es besagt vielmehr, daß die Bedingungen menschlicher Existenz immer davon bestimmt sein bzw. davon ausgehen müssen, daß potentiell der andere Mensch gefährlich werden kann. Die Geschichte der Menschheit ist nichts anderes als die Geschichte oder die Geschichten der Probleme des Nebeneinander-, des Miteinander- oder auch des Gegeneinanderlebens von Menschen. Zugleich beweist und unterstreicht solche Kenntnis der Geschichte, wie unveränderbar der Mensch als solcher ist, wie eindeutig sich alle Konflikte zwischen Menschen wiederholen. Darum auch – dies sei an dieser Stelle eingeschoben – sind Utopien und Ideologien immer nur unter Ausblendung der Geschichte möglich; darum auch gehen Volkspädagogik und Geschichtsvergessenheit immer und zwangsläufig Hand in Hand; darum auch ist das Alte Testament tatsächlich eine politische Philosophie und eine philosophische Anthropologie von kaum zu überbietender Weite, während das Neue Testament mit seinen moralischen Normen vom „guten“ Menschen nur noch Programmatik ist, die der politischen Wirklichkeit nicht gerecht zu werden vermag. (Daran knüpfte im übrigen ja auch Nietzsches Kritik am Christentum an.)

Weil der Mensch also immer schon diese existentielle Gefahr erkannt hat, darum war sein Bestreben auch immer schon auf eine Beherrschung dieser Gefahr gerichtet. Und immer schon hat der Mensch dies nicht allein unternommen, sondern in Gemeinschaft. Die Gemeinschaft nämlich bot in sich eine Art „Binnenfrieden“, die Sicherheit nämlich, zumindest innerhalb der jeweiligen Gemeinschaft sicher existieren, leben, lieben und sich fortpflanzen zu können. Die Garantie für solche individuelle Existenz bot also die Gemeinschaft, die der Einzelne umgekehrt durch seinen bedingungslosen Einsatz anläßlich existentieller Herausforderung erst zu einer funktionsfähigen Größe erhob.

Das ist in aller Kürze und Einfachheit die Theorie der politischen Gemeinschaft. Die Sphäre nämlich, in der eben diese Gemeinschaften sich bewegen und ihren Herausforderungen begegnen, das ist „das Politische“. Dabei spielt es keine Rolle, welcher Art eben die jeweilige Gemeinschaft war oder ist, um zu bestimmen, ob sie denn eine „politische“ Gemeinschaft war. Damit wollen wir sagen, daß eine solche Gemeinschaft nicht etwa zwangsläufig ein „Staat“ sein muß, wie dies Hegel geschichtsphilosophisch unterstellen wollte und wie es seit einigen hundert Jahren den Anschein hat – und vor allem, wie viele es heute glauben und sich selbst damit politisch lähmen!

### Politische Gemeinschaften sind existenzsichernde Zweckgemeinschaften

Den „Staat“, wie wir ihn heute kennen, gibt es – wenn überhaupt – erst seit zweihundert Jahren. Die Theorie des „Staats“ begann, sich vor nicht einmal fünfhundert Jahren erst zu entwickeln. Menschen aber, und damit auch die Sphäre des Politischen, gibt es schon ungleich länger – womit bereits der fundamentalste Zweifel an einer Verkürzung der Theorie des Politischen auf den „Staat“ formuliert ist.

Existentielle Herausforderungen an den Menschen – nicht an Gemeinschaften

Die Sphäre des Politischen stellt und stellte immer existentielle Herausforderungen an Menschen – nicht an Gemeinschaften, auch wenn dies oben so angeklungen haben mag, und schon gar nicht stellte sie Herausforderungen an institutionalisierte Gemeinschaften. Die Sphäre des Politischen ist die Welt des Menschen, das heißt nicht die Welt mit ihren natürlichen Gefahren für die Existenz des Menschen, sondern die Welt, in der



## Die Gestaltung des Politischen

von Markus Klein

„Politische“ Gemeinschaften sind Antworten der Existenzsicherung

andere Menschen dem Einzelnen bedrohlich werden können. Um solcher existentiellen Herausforderung zu begegnen, findet sich der Mensch in Gemeinschaften zusammen – allerdings nicht in irgendeiner Gemeinschaft, die ihm etwa aufgrund irgendeiner Tatsache gefällt, sondern in Gemeinschaften, die in der Lage sind, genau jener augenblicklichen existentiellen Herausforderung an den Menschen zu begegnen – in Gemeinschaften also, die aufgrund ihrer jeweiligen Gemeinschaftlichkeit die Existenz des Menschen im *hic et nunc*, zum konkreten Zeitpunkt also, zu sichern.

„Politische“ Gemeinschaften sind Antworten – Antworten auf konkrete Fragen an die Existenz des Menschen zu einem konkreten Zeitpunkt. So wenig sich nämlich der Mensch als solcher zu ändern vermag, so sehr ändern sich jedoch politische Lagen durch das Zusammenwirken und Wechselspiel aller Menschen und politischen Gemeinschaften in der Sphäre des Politischen.

Die existentiellen Herausforderungen ändern sich also beständig und wieder und wieder. Das aber bedeutet, daß eine einmal gegebene Antwort auf eine existentielle Herausforderung nicht mehr unbedingt (und tatsächlich mit Sicherheit) eine verbindliche Antwort auf eine erneute und veränderte existentielle Herausforderung sein kann. Wir haben oben festgehalten, daß eine politische Gemeinschaft eine Antwort einer Menge von Menschen, nämlich jenen in eben dieser Gemeinschaft zusammengefaßten, auf eine konkrete existentielle Herausforderung an sie ist. Wenn aber bei einer Veränderung der Herausforderung die Antwort sich entsprechend der Veränderung der Herausforderung auch ändern muß, dann muß dies also auch die Gemeinschaft, so sie denn eine „politische“ Gemeinschaft bleiben will oder soll, d.h. eine Gemeinschaft, die ihrer Antwortfunktion gerecht wird. Entsprechend haben sich in der Geschichte der Menschheit die politischen Gemeinschaften immer geändert unter Hinblick einzig und allein auf die jeweiligen politischen Lageherausforderungen. Solche politischen Gemeinschaften waren darum – ohne Anspruch auf Vollständigkeit und Reihenfolge – Sippen, Stämme, Völker, Religionsgemeinschaften und so weiter und so weiter. Wir haben hier bewußt auch die Religionsgemeinschaften aufgezählt, die in ihre Organisationsform beispielsweise als „Christliches Abendland“ ihre Existenz seinerzeit gegen das organisiert nach Europa einbrechende „Morgenland“ verteidigt haben.

Hierbei wird deutlich, daß die politische Gemeinschaft eine Zweckgemeinschaft auf eine von außen sich stellende politische Herausforderung gewesen war, die nach der Sicherung ihrer Existenz sofort wieder ihre Berechtigung und Verbindlichkeit verloren hat. Und ähnlich sind auch die neuzeitlichen Staaten entstanden – nämlich als Antworten auf die seinerzeit aufbrechenden oder gar schon tobenden religiösen Bürgerkriege, die die Existenz der davon betroffenen Menschen massiv gefährdeten. Diese religiösen Bürgerkriege an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit waren die politische Lage, in der der einzelne Mensch nicht weiter zu existieren vermochte. Die sich als Antwort auf diese Bürgerkriege entwickelnden Staaten lösten aufgrund ihrer Souveränität die religiösen und zugleich existentiellen Gegensätze in sich auf und sicherten somit das Leben der durch sie erfaßten Menschen. Zugleich aber bedeutet dies auch, daß jene neuzeitlichen Staaten keine „Nationalstaaten“ im heute darunter verstandenen Sinne waren, sondern lediglich Territorialhoheiten zwecks Aufhebung auch territorial ausgreifender religiöser Konflikte.

Staaten waren Zweckgemeinschaften zu einer konkreten Zeit

Und diese Aufgabe haben die Staaten in jener politischen Lage hervorragend zu erfüllen vermocht. Was sie allerdings nicht erfüllen konnten, war, Antworten auf die nun folgenden innereuropäischen Machtkonflikte zu geben. Die zu bestehen vermochten in jener politischen Lage zuerst die Franzosen, die im Verlaufe ihrer sogenannten „Französischen Revolution“ die Staatsbürger *per definitionem* zur „Nation“ erklärten und sie so zum Kampf gegen die anderen europäischen Mächte animierten – ein bemerkenswerter Vorgang, den Stalin mit seinem sogenannten „Großen Vaterländischen Krieg“ erfolgreich zu wiederholen wußte.

Die somit „nachrevolutionären“ Staaten, nämlich jene, die wie Frankreich ihre Bürger zu einer „Nation“ erklären konnten, erwiesen sich unter den veränderten politischen Lagebedingungen des beginnenden 19. Jahrhunderts als aussagekräftigste Antwort auf eben jene veränderten Herausforderungen – man mag dies begrüßen oder auch nicht; indes fragt eine politische Herausforderung nicht danach, ob der Einzelne die mögliche Antwort bejaht oder verneint. Eine solche Antwort ist allein von der Frage der Funktionalität bestimmt – nicht aber von moralischen Kategorien.



## Die Gestaltung des Politischen

von Markus Klein

### Ideologie versus Politik

Der Begriff der „Nation“ war ein Hilfskonstrukt

Zurück zu den „nachrevolutionären“ Staaten, die die „Nation“ zur moralischen Kategorie erhoben und – außer in Deutschland – dies nach wie vor tun. Der Begriff der „Nation“ war ein Hilfskonstrukt zwecks hegemonialen Ausgreifens der jeweiligen Staaten im Zeitalter des Imperialismus. Die so beschworene „Nation“ erhielt von Beginn an eine theologisch-eschatologische Weihe, die sie zur ersten „modernen“ Ideologie erhob. Mit diesem theologischen Moment geschah nämlich etwas, was über die Funktion der Antwortgabe auf die konkrete politische Lageherausforderung hinausging – wenn auch nicht zwangsläufig mit Absicht. Die eschatologische Überhöhung, das heißt die theologische Erklärung der „Nation“ zum Endziel der Geschichte, wie dies Hegel erklärt hat, produzierte in ihrer Folge etwas, was unmittelbar an das „Weltkaisertum“ des Mittelalters und seine religiöse Untermauerung anknüpfte – das sogenannte Kreuzzugwesen, und das wiederum ist gleichbedeutend mit uns heute geläufigeren Begriffen wie beispielsweise „Weltbeglückung“, „Weltbefreiung“, „Weltbürgertum“, „Menschenrechte“, „One World“ *e tutti quanti*. Solches ideologische Kreuzzugwesen beruht nämlich auf dem theologisch-eschatologischen Wahn einer unter bestimmten Bedingungen erfolgreich gewesenen politischen Gemeinschaft, mit den seinerzeit unter konkreten Bedingungen im Bereich des Politischen gegebenen Formen allgemeinverbindliche und zugleich endgültige Antworten auf die Sphäre des Politischen schlechthin gegeben zu haben. Und aus diesem Wahn wiederum leitet sich das kreuzzüglerische Bestreben ab, die Welt unter allen Umständen und unter Einsatz selbst der extremsten Vernichtungsmittel auf genau diese Vorstellung hin zu „bekehren“. Und solches Bestreben – allen anthropologischen Erkenntnissen widersprechendes Bestreben – ist die Reinform der Ideologie; zugleich aber unterstreicht uns dieser Zusammenhang, daß Ideologie – gleich welcher Couleur – und Politik zwei widersprüchlichen Welten angehören: während nämlich Politik, wie wir eingangs ausgeführt haben, die Antwort einer unter konkreten politischen Herausforderungen gebildeten Gemeinschaft auf eben jene politischen Herausforderungen ist, ist Ideologie die Ignoranz einer bestimmten ehemals politischen Gemeinschaft gegenüber den tatsächlichen Herausforderungen des Politischen verbunden mit einem „Weltbürgertumsanspruch“ und einem Sendungsbewußtsein mit geschichtsphilosophischem Endzeitanpruch.

Gültig sind nur verbindliche Antworten, die definitive Entscheidungen beinhalten

Zugleich beweist uns diese Antipolizität der Ideologien aber noch etwas wesentlich anderes, was zum Verständnis der Bedingungen absolut unabdingbar ist. Dies betrifft die Begriffe „Plan“ und „Planbarkeit“. Wenn nämlich, wie wir eingangs ausgeführt haben, die Bedingungen von außen an den Menschen gestellt werden und somit vom Menschen weder kalkulierbar noch vorhersehbar sind, bedeutet dies zugleich doch unbedingt, daß eine jede Antwort auf solche Herausforderung in der Sphäre des Politischen allein von den Konstanten der Herausforderung selbst bestimmt sein kann. Zwecks Selbstbehauptung im Politischen sind also nur verbindliche Antworten gültig – Antworten, die definitive Entscheidungen beinhalten. Damit haben wir zugleich das unabdingbare Mittel der Politik gefunden – die *Dezision*. Eine solche existentielle Entscheidung kann sich im Verlauf der Geschichte als adäquat oder inadäquat herausstellen – adäquat oder inadäquat hinsichtlich der gestellten politischen Herausforderung. Die Grundvoraussetzung für eine Adäquanz einer politischen Antwortentscheidung ergibt sich bereits aus der Übersetzung ins Deutsche: adäquat kann einzig und allein das sein, was lageentsprechend ist. Umgekehrt bedeutet dies, daß der Versuch, eine Antwort zu geben unter Rücksichtnahme auf normativen Wertvorstellungen oder auch Pläne, grundsätzlich inadäquat sein muß. Der Plan entspricht der Ideologie. Hinter ihm steht der gleiche Grundgedanke – bzw. die gleichen Grundgedanken. Erstens nämlich, daß die Anthropologie irrelevant ist, daß es also keine Grundkonstanten des Menschen gibt, und zweitens, aus ersterem folgend, daß der Mensch und damit zugleich „das Politische“ machbar ist. Solches menschheitspädagogische Moment erhebt sich selbst zum *praeceptor* der Menschheit schlechthin, nimmt quasi-göttliche Verbindlichkeit für sich selbst und die von ihm vertretenen Ideen in Anspruch.

### „Challenge“ and „Response“

Der Mensch ist nicht Herr seines existentiellen Geschicks

Sowohl der Plan als auch die Ideologie müssen zwangsläufig an der politischen Wirklichkeit scheitern; zugleich beweist solches Scheitern immer wieder und erneut, wie wenig der Mensch Herr seines existentiellen Geschicks ist. Zudem führt uns dies aber auch zurück zu der Frage, die wir uns eingangs dieser Ausführungen gestellt haben: nämlich die „Gestaltung des Politischen“.



## Die Gestaltung des Politischen

von Markus Klein

Rekapitulieren wir:

1. Die Sphäre des Politischen ist die Sphäre des Menschen, in der er potentiell mit anderen Menschen existentielle Konflikte zu bestehen hat.
2. Die existentiellen Herausforderungen an den Menschen ändern sich ständig unter den jeweiligen Bedingungen, die in der Sphäre des Politischen entstehen und vergehen.
3. Als Antwort auf solch existentielle Herausforderungen schließen sich Menschen zu Interessengemeinschaften, nämlich existentiellen Interessengemeinschaften, zusammen, um gemeinsam der politischen Lage adäquat zu begegnen.
4. Eine solche gemeinschaftliche Antwort setzt ständige Anpassung an die sich ändernde politische Lage voraus. Politik in diesem Sinne ist Entscheidung, nicht Planerfüllung.
5. Planerfüllung oder auch Ideologie oder auch „politische“ Systematik sind im eigentlichen Sinne unpolitisch, da sie den an den Menschen gestellten Herausforderungen nicht lageadäquat zu begegnen vermögen.

Wenn wir uns diese Grundbedingungen des Politischen vergegenwärtigen, können wir uns nunmehr Gedanken über die „Gestaltung des Politischen“ machen.

„Gestaltung des Politischen“  
heißt politisch adäquate Ant-  
worten zu geben

Eigentlich ist der Begriff als solcher bereits falsch. Da die Sphäre des Politischen, wie wir oben ausgeführt haben, ja eine ist, in der der Mensch sich lediglich bewegt, kann er darin wenig gestalten. Wie wir gesehen haben, ist diese Sphäre ja eine, die zur Politik ein Verhältnis von „Herausforderung“ und „Antwort“ hat – oder „*Challenge*“ and „*Response*“. „Gestaltung des Politischen“ kann daher im eigentlichen Sinne nur bedeuten, wie eine politisch adäquate Antwort jeweils gegeben werden kann.

Wir haben oben schon festgestellt, daß eine solche Antwort zum einen durch Neugestaltung der jeweiligen Gemeinschaft gegeben werden muß – zum anderen aber durch eine Ideologie oder mittels Verfolgung eines Planes nicht gegeben werden kann. Das muß, was ersteres betrifft, nicht unbedingt bedeuten, daß sich die politischen Gemeinschaften zwangsläufig neu und anders zusammensetzen müssen. Gerade seit der Herausbildung der Nationen mit einem dazugehörigen Nationalbewußtsein ist es ja nur schwer möglich – eigentlich fast unmöglich –, Menschen in eine neue Gemeinschaft zu zwingen. Da indes alle Menschen in solch ähnlichen Nationalgemeinschaften mittlerweile verhaftet sind, ist dies auch nicht unbedingt nötig. Dann allerdings ist es um so nötiger, daß sich eine solche Gemeinschaft, wenn sie sich denn weiterhin erfolgreich in der Sphäre des Politischen bewegen will – das heißt „Subjekt“, und nicht „Objekt“ der Politik sein will –, den Herausforderungen im Politischen um so lagebezogener stellt und ihre Form und ihre Bedingungen konsequent neuen Lageherausforderungen anpaßt. Dann nämlich ist auch eine weitgehend konstant bleibende Gemeinschaft in der Lage, ihre Politikfähigkeit aufrechtzuerhalten.

Die Organisationsform einer  
politischen Gemeinschaft nach  
der politischen Lage richten

Die zweite Negativbestimmung, die wir genannt haben, nämlich die Unmöglichkeit, zwecks Politikfähigkeit einer Norm, einer Ideologie oder einem Plan zu frönen, bedeutet indes, daß eine politische Gemeinschaft, um ihre Politikfähigkeit aufrechtzuerhalten, schnellstmöglich von solchen Gedankenspielen Abschied nehmen muß. Auch dies ist eine Hauptbedingung der „Gestaltung des Politischen“. Unter diese Kategorie der unpolitischen Gedankenspiele fallen indes nicht nur uns offensichtlich erscheinende Dinge wie beispielsweise Rassenideologien oder Proletarierideologien oder Menschheitsideologien und ihre jeweiligen staatlichen oder gesellschaftlichen Verwirklichungen. Darunter fallen ganz besonders auch tatsächliche oder vorgebliche Moralwerte – zumal wenn sie in Verbindung mit der politischen Organisationsform einer Gemeinschaft gebraucht werden. Wie wir eingangs ausgeführt haben, muß sich die Organisationsform einer politischen Gemeinschaft nach der politischen Lage richten – und dies zwecks Existenzsicherung der zuvor durch sie erfaßten Menschen allein anhand von Zweckmäßigkeitserwägungen.

Abstrakte Wertvorgaben allerdings, wie beispielsweise „Menschlichkeit“, „Menschheit“, „Toleranz“, „Gleichheit“, „Freiheit“, ja sogar auch „Demokratie“, vermögen aufgrund der Interpretationsvielfalt der solche Begriffe verwendenden Parteigruppierungen keine Normen für den Existenzhalt einer politischen Gemeinschaft zu setzen. Sie können dies auch deshalb schon nicht, weil sie im Grunde nichts anderes sind als innergesellschaftliche Organisationsideologien. Wenn sich solche innergesellschaftlichen bzw. sozialen Ordnungsvorstellungen allerdings zunehmend als Wertvorgaben beispielsweise in der Verfassung einer politischen Gemeinschaft niederschlagen, dann ist die bisher „politische“ Gemeinschaft auf dem Weg in eine politische Objektstellung. Da sich nämlich die Sphäre des Politischen auch bei bestem Willen nicht abschaffen läßt, werden andere, nämlich „politische“ Gemeinschaften, diesen vakanten Platz einnehmen und über



## Die Gestaltung des Politischen

von Markus Klein

die Köpfe der „unpolitisch“ gewordenen Gemeinschaft hinweg Politik zu ihren eigenen Interessen treiben. Spätestens diese Konsequenz sollte zu einer Besinnung auf die „Gestaltung des Politischen“ führen.

### Politische Lageanalyse der Deutschen

Gehen wir über zu einer Analyse der aktuellen Lage der Deutschen. Um Mißverständnissen vorzubeugen sei nochmals betont: Das Subjekt dieser politischen Lageanalyse ist das Deutsche Volk, keinesfalls ein wie auch immer gearteter und wie auch immer zu bewertender Staat der Deutschen oder ein deutscher Staat, so der heutige denn überhaupt noch einer ist oder jemals war. Ein solcher Staat war nur eine Antwort auf eine politische Lageanalyse zu einer anderen Zeit in einer anderen politischen Lage – und ob er heute noch eine verbindliche Antwort auf die heutige politische Lage sein kann, wagen wir zu bezweifeln. Warum? Das ergibt sich aus eben der nun folgenden Lageanalyse der politischen Lage des Deutschen Volkes auf der heutigen politischen Bühne.

Heute ist die politische Lage eine gänzlich andere als zur Zeit der Staatsausprägungen. Ganz Europa befindet sich in einer zutiefst widersprüchlichen Situation. Während Ostmitteleuropa seit spätestens 1989 da anknüpft und fortsetzt, wo die Auseinandersetzung 1919/1920 per – sinnigerweise – französischen Dekreten durch die Pariser Vororts-„Verträge“ abgebrochen wurde, ohne indes auch nur eine Minimallösung für die Probleme zu finden, die zum Krieg geführt hatten, haben ausgerechnet Deutschland, in der Mitte dieses Kontinents gelegen, und Westeuropa entgegengesetzte Entwicklungen im Sinn der Begriffe „Volk“ und „Nation“ genommen. Durch die immensen Bevölkerungsverschiebungen und -vermischungen nach 1945 haben zumindest die im heutigen deutschen Staat erfaßten deutschen Stämme ihre einzelvölkische Identität weitgehend verloren. Geblieben sind – meistens jedenfalls – lediglich kulturgeschichtliche und landeskundliche Reminiszenzen.

Klammern wir die außerhalb des deutschen Staates nach wie vor lebenden deutschen Völker und Volksgruppen und das im deutschem Staate vorhandene „Auschwitz-Syndrom“ einmal aus, so läßt sich feststellen, daß in den deutschen Ländern, die einstmals als politische Organisationsformen der dort lebenden deutschen Stämme innerhalb des Deutschen Bundes entstanden waren, außer wirtschaftlicher Differenzierung und wirtschaftlichem Patriotismus kaum noch eine gemeinsame Identität vorhanden ist. Statt dessen kann man, vorsichtig und mit großen Abstrichen, sagen, daß Deutschland – auch und besonders durch die lange Phase der erzwungenen Teilung – mittlerweile weit mehr „Nationalstaat“ im französischen Sinne, auch und vor allem im Bewußtseinssinne, geworden ist, als dies in Frankreich und den übrigen westeuropäischen Ländern heute der Fall ist. Dort sieht die Situation heute gänzlich anders aus, zumal in den romanischen Ländern und damit auch in Frankreich. Was, zumindest in Frankreich, als „Auflösung des Zentralismus“ erklärt wird, ist nichts anderes als eine schleichende Verwandlung des „Nationalstaates“ Frankreich zum „Staat“ der dort lebenden Völker, die erst in zweiter Linie Franzosen im Sinne nationaler Zugehörigkeit, in erster Linie indes Bretonen, Basken usw. sein wollen. Noch eindeutiger und politisch offensichtlicher ist die Situation beispielsweise in Italien, wo die sogenannten „Legi“ offen eine Auflösung des Staates verlangen, da sie und ihre Wähler in ihrem Selbstverständnis alles andere sind als Angehörige einer gleichen „Nation“, vor allem mit den Südtalienern, oder in Spanien bei den Basken und Katalanen. Und wenn man genauer hinschaut, ist die Situation in allen westeuropäischen Ländern, die sich (mit oder gegen ihren Willen) aufgemacht haben, in einer Hyperbürokratie „Europäische Union“ aufzugehen, ähnlich wie in Frankreich oder Italien. Im deutschen Staat hingegen ist der gern zitierte und überlieferte Gegensatz beispielsweise zwischen Bayern und Preußen längst zu einem folkloristischen Jux herabgesunken. Landesspezifische Unterschiede und Loyalitäten bzw. Präferenzen beziehen sich extremstenfalls nur noch auf die Schulpolitik. Ansonsten ist doch, wenn auch unbewußt und trotz allen nebulösen Schwadronierens von „multikultureller Gesellschaft“, von „Mitbürgern“ und ähnlichem, das Gefühl, „Deutscher“ im völkischen Sinne zu sein, durchgängig untergründig vorhanden ... und äußert sich notabene auch in den seit 2015 wiederholten Rufen von 1989: „Wir sind ein/das Volk!“

Soweit zur Ausgangslage des Deutschen Volkes zu einem historischen Zeitpunkt und an einem Ort, an dem ein Zusammenrücken der europäischen Völker – gemeint ist hier „Europa“ im geographisch und kulturell homogenen Sinne, nicht im Sprachgebrauch der EU-Positivisten – nicht nur als normative Wertvorgabe unvermeidbar ist, sondern aufgrund der politischen Weltlage auch unbedingt anzustreben ist. Hier stellt sich plötzlich das



## Die Gestaltung des Politischen

von Markus Klein

Problem einer zweiten, umfassenderen politischen Herausforderung – diesmal jedoch nicht nur für das Deutsche Volk, sondern für alle europäischen Völker.

### Aktuelle Lageherausforderungen

Schreckvision für die US-Amerikaner eines potentiell ungeheuer dynamischen Europas

Europa war von 1945 bis 1989 mittels der angeblichen atomaren Vernichtungsdrohung der beiden Weltflügelmächte USA und Rußland, die eben seit 1945 um das Erbe Europas als bestimmende weltgeschichtliche Macht stritten, „ans Kreuz genagelt“, wie dies Jordis von Lohausen einmal formuliert hat. Es war weniger die Welt zweigeteilt als eben nur Europa, das sich damit – im vergrößerten Maßstab zu Deutschland – selbst neutralisierte und somit als weltpolitisches Subjekt ausschied. Dies betraf und betrifft noch immer nicht allein Deutschland, sondern alle europäischen Völker – auch wenn dies Engländer und Franzosen (zumindest deren politische Eliten) nicht wahrhaben wollen.

US-Amerikaner wie Russen hatten indes in jenen Jahren seit 1945 erkannt, daß sich mit einer hegemonialen Zweiteilung des Planeten recht gut leben läßt, zumal ein propagiertes Feindbild zwecks Erhalt der Staatsraison unbedingt nötig ist. Mit dem vorläufigen Zusammenbrechen eben dieser Bipolarität entstand plötzlich – zumindest für die verbliebene Weltmacht – die Schreckvision eines potentiell ungeheuer dynamischen Europas, das die so liebgewordenen und die in der ehemaligen Sowjetunion lockenden Pfründe bedenklich schmälern könnte. Die Folgen erkennen wir Europäer deutlich seit dem als solchem propagierten „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama) seit 1989ff, seit nämlich die US-Amerikaner um jeden (kollateralen) Preis ihre US-unilaterale „Neue Weltordnung“ durch maßlos ausufernde offene Interventionen und verdecktes *nation building* (ein doppelter Euphemismus – gemeint ist wohl eher eine systematische Destabilisierung von Staaten) durchzusetzen trachten. Zu all diesem Unglück unter dem Mantel „transatlantischer Werte“ kommt der „Verdienst“ Englands und Frankreichs ochlokratischer politischer Elite hinzu, aufgrund halsstarrigen Festhaltens an seit 1914 allerspätestens überholten Lageanalysen Europa die erste und vielleicht auch lange Zeit einige Chance zur Restabilisierung genommen zu haben, beginnend mit der Unterstützung der außer-europäischen Kräfte jenseits der Drina gegen die europäischen diesseits der Drina. Nirgendwo wurde bisher deutlicher als hier, wie sehr beider Eliten, Franzosen wie Engländern, ein Erkennen der weltpolitischen Lageherausforderung abgeht – womit wir auf keinen Fall behaupten wollen, daß solche Einsicht bei den entsprechenden Akteuren in Deutschland gegeben sei, im Gegenteil. In diesem Fall hat sich jedoch damals noch die deutsche Politikunfähigkeit und Politikunwilligkeit zumindest als nicht das Desaster vergrößern erwiesen.

Dies ist die erste und im Moment weitaus akuteste politische Herausforderung an alle europäischen Völker. Eine zweite, in ihrer Brisanz zunehmende Herausforderung ist die Auflösung der so ungefestigten Identität der Europäer, nämlich die kulturelle und zugleich völkische Unterwanderung durch invasionsartige Zuströmungen von Nicht-Europäern und Nicht-Christen, die durch ideologisch fanatisiertes Barmassieren von „Menschentum“ und „Mitmenschlichkeit“ zum Schaden der Europäer als politischer Einheit – in diesem Fall unter fast alleiniger Verantwortung der Deutschen und gegen den Willen der meisten anderen Europäer – gefördert wird. Solche Einheit aber ist unbedingt notwendig, um den Herausforderungen im Politischen zu begegnen. Und eine dritte Herausforderung, mit der zweiten stark vermischt, stellt sich durch das, was gemeinhin unter dem Begriff „Fundamentalismus“ lediglich bisher nur angerissen wird. Religiös bedingte existentielle Herausforderungen an das Dasein der Europäer nehmen unkontrollierbar zu – auch in Europa selber –, und werden augenscheinlich von unseren ach so rationalistisch geprägten und denkenden „politischen“ Eliten negiert oder nicht erkannt – wie sollten sie auch, wo doch Religion in ihren Augen nichts mit der Sphäre des Politischen zu tun hat und die westlichen christlichen Kirchen selbst immer noch von „Miteinander“ und „Ökumene“ reden, wo es längst um ihr Überleben geht?

Existentielle politische stellen sich primär an alle Europäer

Die weit gravierenderen und akuten politischen Herausforderungen an die Existenz der Deutschen stellen sich also zunächst nicht unmittelbar an die Deutschen, sondern an alle Europäer in ihrer kulturellen und ortskonkreten Einheit. Um diesen zu begegnen, ist zunächst ein einheitliches politisches Bewußtsein dieser gemeinsam in ihrer Existenz bedrohten Völker nötig, ein Bewußtsein, das Interessengleichheit aus gleicher politischer Herausforderung erkennt. Dazu gehört – ganz grob skizziert – erstens das Erkennen und Hinterfragen US-amerikanischer Intentionen statt vasallenhafter Unterstützung antieuropäischer Kräfte; zweitens ein Abriegeln Europas – nicht gegen „Asylanten“ und „Flüchtlinge“ in dieser unbrauchbaren und unadäquaten Terminologie, sondern allein gegen





## Die Gestaltung des Politischen

von Markus Klein

kulturfremde und damit identitätszerstörende Völker in ihrer schieren Masse, wie dies beispielsweise die Vereinigten Staaten aus gutem Grunde trotz ihrer „multikulturellen“ Wurzeln schon lange praktizieren; und drittens eine Untermauerung der damit erkannten (auch wenn von außen aufgezwungenen Identität) durch ein politisches gemeinsames Bewußtsein.

### Rekurs auf europäische Identität

Ein solches gemeinsames politisches Bewußtsein der europäischen Völker hat selbstredend nichts mit den bisherigen – aus Westeuropa stammenden – EU-Vorstellungen gemein. Doch sollten wir uns im Hinblick auf Erreichung der zuvor skizzierten Ziele nicht bedingungslos gegen ein solches emotional so ungemein positiv aufgeputschtes Ziel stemmen.

Die fixe Idee und Etablierung des Molochs „Europäische Union“ läßt sich allerhöchstens verlangsamen und modifizieren, nicht jedoch verhindern. Allzu lange wurde dieser Begriff in ganz Europa in der Sozialisation seiner Bürger so positiv besetzt, daß sich jeder Zweifler von vornherein unrettbar ins Unrecht setzen muß. Daß also diese „Europäische Union“, die im geographischen, kulturellen und existentiellen Sinne ja nur bedingt eine europäische ist, bleiben und sich vertiefen wird, ist – trotz aller heutiger konsensueller Störungen – so gut wie sicher, und letztlich im Rahmen der globalen Großraumordnung auch unabdingbar. Indes wird dieser Moloch, wie sich ja allenthalben beweist, noch einige Zeit vorrangig nichts anderes bleiben als eine Hyperbürokratie, die den durch sie erfaßten Menschen keine andere Identität als die der gemeinsamen Unionsgemeinschaft zu bieten vermag. Aufgrund ihrer rein neoliberalen/wirtschaftlichen Ausrichtung erhebt sie nicht einmal den Anspruch dazu, der auch vergeblich sein müßte. Bezeichnenderweise soll ja statt eines vergeblichen Versuches einer gewachsenen Identität eine von oben aufgepfropfte einheitliche Währung als verbindende Klammer fungieren, die Loyalitäten im feudalistischen Sinne durch Umverteilungen und materiellen Wohlstandserhalt erzwingen will. (Insofern läßt sich vielleicht – *cum grano salis* – sogar die höchst aktuelle Herausforderung der Migrationsflutung und die durch diese provozierten Abwehrmechanismen der relativ noch weniger [als Deutschland] „entnationalisierten“ Staaten in einem positiven Sinne als Korrektiv begreifen!)

Rekurs auf Wertvorstellungen,  
Existenzerfahrungen und Be-  
hauptungswillen

Was innerhalb der „Europäische Union“ not tut, ist der Rekurs auf die von den längst nicht mehr so „neuen“ Mitglieder der EU aus Europas Mitte mitgebrachten Wertvorstellungen, Existenzerfahrungen und dem daraus folgenden Behauptungswillen, um so rasch wie möglich über den bisher alleinigen monetären Aspekt hinaus eine tatsächliche „politische“ Identität als Europäer zu erlangen. Ihre Entsprechungen finden diese ostmitteleuropäischen Resistenzen interessanterweise in den von den bisher dominierenden Eliten als „nationalistisch“ oder „extremistisch“ oder auch in einer Kombination beider Begriffe stigmatisierten „rechten“ Parteien und Organisationen in Westeuropas Ländern, die sich vor dadurch auszeichnen, europaweit zusammenzuarbeiten und explizit primär ihre jeweilige Identität als „Europäer“ denn sekundär als jeweiliges Volk zu betonen. Sie verifizieren in ihrem europäischen „Patriotismus“ den „defensiven Nationalismus“, wie ihn Ernst Nolte formuliert hat, der zugleich auf die eigene Identität rekrutiert wie identitätsstiftend sich gegen die entortenden und identitätszerstörenden Auswirkungen der sogenannten „Globalisierung“ wehrt, die die Menschen in die Rolle manövrierbarer Billig-Arbeitskräfte und totalitär manipulierbarer Konsumidioten degradiert, zu „unpolitischen“ Objekten bzw. zu „Masse“ eben.

Da der Mensch entgegen aller ideologischen und liberalistischen Verblendung als geschichts- und bezugsloses Einzelwesen nicht existieren kann, wird sich innerhalb der Gemeinschaft der EU-Unionsbürger auf Basis der sekundären Identitäten eine politische gemeinschaftliche Identität auf Basis eben dieser nach wie vor vorhanden und sich neue artikulierender Resistenzen im Laufe der Zeit neu herausbilden. Identitäten können sich, kurzfristig und auf bestimmte Situationen und partielle Interessen hin ausgerichtet, in jeder Richtung bilden, als da waren bisher „Stände“, „Klassen“ oder was auch immer. Langfristige und existenzsichernde „politische“ Identitäten jedoch bilden sich durch gemeinsame Geschichte, gemeinsame Schicksale, gemeinsame Kultur, Sprache, Religion und vor allem durch gemeinsames Bewußtsein und Bejahung. Das alles sind die eingangs angeführten Determinanten eines „Volkes“. Und diese „Völker“ sind vorhanden innerhalb dieses EU-Europas, und wo sie (zumal im Westen) noch nicht eindeutig vorhanden sind, werden sie sich verstärkt auf ihre gemeinsamen Wurzeln besinnen und herausbilden. Wenn die bisherigen „Nationalstaaten“ und damit ihre „Nationen“ ihre einzigen



## Die Gestaltung des Politischen

von Markus Klein

Bezugsklammern, die „Nationalstaaten“, verlieren, bleibt letztlich doch nur noch die Rückbesinnung auf das Volkstum als identitieller und damit existentieller Bezugsrahmen. Wenn von einzelnen Politikern heute von einer „Regionalisierung“ innerhalb des kommenden EU-Europas geredet wird, meinen diese zwar eine administrative Regionalisierung, doch wird eine solche sich langfristig und zwangsläufig nur dann funktionabel durchsetzen lassen, wenn ihr subjektiv ein regionales Bewußtsein entspricht. Beispiele dafür gibt es in der neueren Geschichte genügende. So haben sich beispielsweise in der damaligen DDR die Verwaltungsbezirke nicht bewußtseinsmäßig und damit endgültig gegen die historischen Länder durchsetzen lassen, so kehrten am Ende der Sowjetunion die dort subsumierten Völker auf der Suche nach ihrer Identität in die Geschichte zurück. Und so wird es auch mit einer Regionalisierung innerhalb der „Europäischen Union“ sein. Dieser regionale Unterbau der identitätslosen „Europäischen Union“ wird sich zwangsläufig langfristig, wenn auch entgegen den Absichten der heutigen „Europa“-Politiker, an den neuen und alten Identitäten orientieren müssen. Im Endeffekt bedeutet dies dann zwangsläufig aber auch, daß die Politik – oder was man auch immer unter der Verwaltung jenes „Europäischen Gebildes“ verstehen will –, sich an den durch sie erfaßten Völkern orientieren und sich auf sie und ihre Bedürfnisse beziehen werden muß. Bestimmende Faktoren für Politikpräferenzen werden neben den Wohlstandsinteressen und den Sozialverteilungen der vorhandenen Mittel, deren Relevanz mit dem Schwinden eben dieser Mittel auch zurückgehen wird, eben die „völkischen“, das heißt die historisch, kulturell, religiös und regional identifizierbaren Determinanten sein.

### Gestaltwandel des Politischen

Subjekt der deutschen Selbstbehauptung ist europäisch geworden

Hier offenbart sich der „Gestaltwandel des Politischen“. Die politische existentielle Herausforderung ist vornehmlich keine mehr allein an das Deutsche Volk, sondern stellt sich zunächst und am aggressivsten von außen gemeinsam an alle europäischen Völker. Das Subjekt der deutschen Selbstbehauptung auf der politischen Bühne ist also längst schon ein anderes, ein europäisches geworden, dessen Determinanten territoriale und vor allem kulturelle Homogenität sind. Das bedeutet – wie aufgezeigt – keineswegs, daß das Deutsche Volk als Einzelsubjekt auf der – wenn man so will – innenpolitischen zweiten Bühne innerhalb des Subjekts der Europäer untergeht. Doch läßt sich aufgrund der existentiellen Herausforderung das eine gegen das andere nicht ausspielen. Vielmehr gilt es, egal von wem, die Antwort auf die Herausforderung an alle Europäer so schnell wie möglich zu finden. Das hat nichts mit Hegemonie zu tun, sondern mit gemeinsamer europäischer Überlebensnotwendigkeit.

---

**Zitation:** Markus Klein: Die Gestaltung des Politischen. Die existentielle Herausforderung Europas (Scholien aus San Casciano Nr. 5-2016) URL: <http://scholien.files.wordpress.com/2016/02/2016082.pdf>

### Bibliographische Angaben

Edition San Casciano – Scholien aus San Casciano Nr. 5-2016

Bibliographische Informationen durch die Deutsche Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet über diese Publikation detaillierte Informationen in der Deutschen Nationalbibliographie; im Internet sind diese Daten unter <http://dnb.d-nb.de> verfügbar.

Copyright © 2016 by Brienna Verlag Thomas Clement, Achenmühle

ISSN ISSN 2199-3548 – ID 2016082

Sie finden uns im Internet unter <http://www.brienna.de/edition-san-casciano/>